

Reiden soll einen Geschäftsführer erhalten

Der Gemeinderat will raus aus der operativen Verantwortung und hat sich für die kommende Legislatur für die Einführung des CEO-Modells entschieden – das Volk muss der geänderten Gemeindeordnung im Dezember allerdings noch zustimmen.

Markus Mathis

Die Gemeinde Reiden soll in ziemlich genau einem Jahr ein neues Verwaltungsmodell erhalten. Der Gemeinderat teilte am Donnerstag mit, er wolle mit dem Beginn der neuen Legislatur am 1. September 2024 das Geschäftsführermodell einführen.

Er habe sich in den vergangenen Monaten in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO intensiv mit den verschiedenen Führungsmodellen auseinandergesetzt und sich vor der Sommerpause für das Geschäftsführermodell entschieden, besser bekannt als CEO-Modell. Am Dienstag wurden die Ortsparteien und politischen Organisationen informiert. Diese hatten die Einführung dieses Modells im April in einem Schreiben an die Exekutive selber gefordert.

Gemeinderäte führen ihre Ressorts heute eigenständig

«Der Handlungsbedarf ergab sich unter anderem gestützt auf eine Organisationsanalyse, welche die Schwächen des heutigen Systems aufzeigte», sagt Gemeindepäsident Josua Müller. Das heutige System zeichne sich dadurch aus, dass es keine zentrale Verwaltungsleitung gibt. Denn die Reider Gemeinderätinnen und Gemeinderäte führen heute ihre Bereiche fachlich



Noch bis Herbst 2024 ist der Gemeinderat Reiden im Amt, dann soll das Gemeindeführungsmodell wechseln. Bruno Geiser (links, SVP), Esther Steinmann (IG), Josua Müller (parteilos), Vera Schwizer (parteilos) und Willi Zürcher (FDP).
Bild: Gemeinde Reiden/Philipp Renggli

wie auch personalrechtlich selber.

Dies führe einerseits zu einer Vermischung von operativen und strategischen Aufgaben, andererseits zu einem erhöhten Arbeitspensum der Gemeinderatsmitglieder. Gleichzeitig könnten verwaltungsinterne

Entwicklungsschwerpunkte, wie etwa die Digitalisierung, nicht aus einer Hand geplant und durchgesetzt werden.

Im CEO-Modell wird die Verwaltung von einer Geschäftsführerin oder einem Geschäftsführer geführt, englisch Chief Executive Officer (CEO) ge-

nannt. Damit könne sich der Gemeinderat in einem reduzierten Pensum von 20 bis 25 Prozent primär um die strategischen Belange kümmern. Die Funktion Gemeinderat respektive Gemeinderätin solle dadurch attraktiver werden. «Die Ressortzuteilung – und somit die fachli-

Stellvertretung für scheidenden Gemeindegeschreiber

Gemeindegeschreiber Stefan Weiss verlässt per Ende Jahr die Verwaltung von Reiden (das ZT berichtete). Der Gemeinderat hat sich diesbezüglich beraten und strebt eine Übergangslösung mit einer Stellvertretung an, wie er mitteilte. Miriam Aregger, die Assistentin der



Miriam Aregger. Bild: zvg

Stabsstelle Gemeinderat, stellt sich dafür zur Verfügung. Sie sei seit drei Jahren im Ratsbetrieb eingebunden und kenne die Aufgaben des Gemeindegeschreibers. Zudem absolviere sie zurzeit die Ausbildung zur Gemeindegeschreiberin. Weitere Aufgaben der Stabsstelle würden intern auf verschiedene Personen verteilt. (mam)

che Zuständigkeit für die jeweiligen Bereiche – bleibt jedoch weiterhin bestehen», erläutert Josua Müller.

Gemeindegeschreiber wird kaum auch Geschäftsführer

Die oder der neue Geschäftsführer soll für einen einheitlichen

Service public zuständig sein, aber auch für die ganze Kommunikation gegen innen und aussen. Das ist ein deutlicher Unterschied zur heutigen Situation und auch ein Unterschied zu vielen anderen Gemeinden, die mit einem CEO oder einer mehrköpfigen Geschäftsleitung arbeiten, aber für die Kommunikation jeweils demokratisch gewählte Gemeinderäte vorschicken. Beispiele dafür sind Wikon (CEO-Modell) oder Rothrist (Geschäftsleitungsmodell).

Die gesetzlich geregelten Aufgaben des Gemeindegeschreibers oder der Gemeindegeschreiberin seien im Geschäftsführermodell weiterhin sichergestellt. Voraussichtlich werde aber die Funktion des Gemeindegeschreibers und des Geschäftsführers nicht von derselben Person wahrgenommen, teilt der Reider Gemeinderat weiter mit.

Als nächsten Schritt will der Gemeinderat nun in Zusammenarbeit mit der BDO das weitere Vorgehen festlegen. Auch würden Anpassungen der Gemeindeordnung vorangetrieben, damit die Stimmberechtigten darüber an der Gemeindeversammlung von 5. Dezember abstimmen können. Weiter soll sich die Bevölkerung am 17. Oktober im Rahmen einer Informationsveranstaltung über das geplante Führungsmodell informieren können.

Zwischen Regengüssen die Natur erkundet

Auf dem Abendbummel der Naturliebhabergruppe Wiedehopf in Wikon waren Steingärten, Beeren und Vögel ein Thema.

Just nachdem sich die Wolken über Wikon entleert hatten, begrüßte vor einer Woche die Präsidentin der Naturliebhabergruppe Wiedehopf Nadine Bachmann die 25 Teilnehmer des Abendbummels. Begleitet von Hans Gut machte sich die Gruppe auf den Weg Richtung Wald. Die Beeren der Sanddorn-Sträucher waren bereits geerntet – wahrscheinlich wurde daraus Konfitüre gemacht.

Die Route führte entlang der Gärten, die ganz unterschiedlich gestaltet sind. Steingärten, die im Gegensatz zu Schottergärten Kleintieren Lebensraum und trockenheitsresistenten Pflanzen einen Untergrund bieten. Naturnahe Gärten, in denen sich die Vögel verpflegen können und gleichzeitig die Schädlinge aufpicken. Hausspatzen verfüttern beispielsweise Insekten an ihre Jungtiere, während sich die Altvögel vorwiegend von Samen ernähren.

Kleinste Fledermäuse beim Spielplatz

Beim Spielplatz angekommen vermittelten die beiden Exkursionsleiter den Teilnehmern viel Wissenswertes über die heimischen Fledermäuse. So ist die kleinste in der Schweiz lebende Fledermaus, die Zwergfleder-



Naturinteressierte Wiker auf dem Abendbummel.

Bild: zvg

maus, grad mal so gross wie ein Daumen, während der Abendsegler eine Spannweite von 40 Zentimeter erreicht. Fledermäuse gehören zu den einzigen flugfähigen Säugetieren und sind dämmerungs- und nachtaktiv. Im Sommer verbringen die Weibchen die Tage in grossen Gemeinschaften, in denen sie auch ihre Jungtiere aufziehen.

Die aufziehenden dunklen Wolken und das damit verbundene Grollen des Gewitters verhiesenen nichts Gutes, so wurde der Weg zum Schützenhaus

Reiden mit wenig Stopps zurückgelegt. Dieses erreichten die Teilnehmer grad rechtzeitig zu den ersten Regentropfen.

Ein leckeres Essen vom Grill und aus der Fritteuse zubereitet vom Team rund um Werner Kurmann, Joel, Lars, Alex, Philip, Sarah, Ronja und Lena rundete den Abendbummel ab. (nb)

Hinweis

Die nächsten Anlässe der Naturliebhabergruppe Wiedehopf sind der Friitigs-Höck am 8. September ab 18 Uhr und der CleanUp am 16. September ab 9.30 Uhr.

Die Steuererträge wachsen – aber die Geldsorgen auch

Der Luzerner Regierungsrat stellte am Mittwoch seinen Entwurf des Aufgaben- und Finanzplans bis 2027 vor.

Haushalt In der Planungsperiode von 2024 bis 2027 erwartet der Luzerner Regierungsrat weiter steigende Steuererträge, insbesondere von juristischen Personen. 160 und 220 Millionen Franken mehr als bisher angenommen sollen in die Staatskasse fließen. Parallel dazu zeichnen sich deutlich höhere Anteile an der direkten Bundessteuer ab, die an den Kanton zurückfließen.

Dennoch rechnet der Regierungsrat schon für 2024 mit roten Zahlen. Dies nachdem die Rechnung drei Jahre hintereinander einen Überschuss von mehr als 200 Millionen Franken auswies. Der Voranschlag für 2024 sieht einen Aufwandüberschuss von 16,2 Millionen Franken vor, im Planjahr 2025 droht ein Defizit von 42,4 Millionen Franken. 2026 rechnet die Regierung mit 4 Millionen Franken Aufwandüberschuss. 2027 will man in die schwarzen Zahlen zurückkehren und rechnet mit einem Ertragsüberschuss von 48,5 Millionen Franken. Der AFP für die kommenden Jahre sieht einen unveränderten Steuerfuss von 1,60 Einheiten und anhaltend hohe Investitionen vor.

Ein Grund für die durchgezogenen Aussichten ist, dass die Luzerner Regierung wegen der jüngsten Verluste der Schweizerischen Nationalbank (SNB), im Voranschlagsjahr 2024 in den Planjahren 2025 bis 2027 mit keinen Ausschüttungen von der Nationalbank rechnet.

Ein anderer Grund sind Mehrausgaben wegen Personalaufstockungen. Vor allem in der Volksschule, in der Berufs- und Weiterbildung, brauchen Schulkinder und Lehrlinge mehr Lehrkräfte. Auch in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit wachsen die Ausgaben. Der AFP rechnet mit durchschnittlich 236 Vollzeitstellen, die durchschnittlich pro Jahr geschaffen werden.

Der Regierungsrat findet, er lege einen ausgeglichenen AFP vor. Finanzdirektor Reto Wyss (Mitte) warnt aber auch: «Die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben muss zwingend erreicht werden, sonst können wir auf weite Sicht das stetige Leistungswachstum mit den Einnahmen nicht mehr stemmen.» Der Kantonsrat berät das Budget 2024 und den AFP bis 2027 Ende Oktober. (mam)

Regierungsrat hebt die Notlage auf

Asylwesen Der Kanton Luzern hat für das laufende Jahr genügend Plätze für Asylsuchende, glaubt der Regierungsrat. Er hebt deswegen auf Ende August 2023 die Notlage für den Asyl- und Flüchtlingsbereich auf, wie die Staatskanzlei am Mittwoch mitteilte.

Der Regierungsrat hatte im März 2022 zunächst die Notlage für die Unterbringung und Betreuung der Schutzsuchenden aus der Ukraine ausgerufen und diese im November 2022 auf den ganzen Asyl- und Flüchtlingsbereich ausgeweitet. Zudem verpflichtete er im Juni 2022 die Gemeinden, die Flüchtlinge, die nicht in kantonalen Unterkünften untergebracht werden können, zu übernehmen.

Die Lage im Asyl- und Flüchtlingsbereich sei derzeit auf hohem Niveau stabil, teilte die Staatskanzlei mit. Der Kanton gehe für 2023 von bis zu 1440 Asylsuchenden und bis zu 840 ukrainischen Schutzsuchenden aus. Es könne davon ausgegangen werden, dass die vorhandenen Plätze im Kanton Luzern ausreichen.

Der Regierungsrat hebt deswegen nicht nur die Notlage auf, sondern will per Ende September 2023 auch die Zuweisung der Geflüchteten an die Gemeinden beenden. (sda)